

Presseinformation:

GGG fordert zur Beteiligung am bundesweiten Bildungsprotesttag am 23. September auf.

In seiner Sitzung am Wochenende hat sich der Hauptausschuss der GGG in Bad Sassendorf erneut mit der Krise, in der sich das deutsche Bildungssystem befindet, auseinandergesetzt. Zur Beseitigung der Krise ist eine grundlegende Bildungsreform unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen erforderlich. Die GGG hat dazu bereits im August 2020 mit ihrem Aufruf „Aus der Krise lernen – die Zukunft gestalten“ aufgefordert.

„Unverständlich ist die Ignoranz der Politik, diese Krise ernsthaft anzugehen“, so der Bundesvorsitzende der GGG, Dieter Zielinski. Dies mache sich nicht nur in der Alibiveranstaltung eines sog. Bildungsgipfels der Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger fest, sondern auch mit der Fahrlässigkeit, mit der Bundesregierung und Bundesländer die Umsetzung des im Koalitionsvertrags vereinbarten Startchancenprogramms auf die lange Bank schieben, zum Schaden einer ganzen Schüler*innengeneration. „Unverständlich bleibt mir auch, dass Bundeskanzler Olaf Scholz in seinem gerade erfolgten Aufruf zu einem Deutschland-Pakt die erforderliche Transformation des Bildungssystems mit keinem Wort angesprochen hat“, ergänzt Zielinski.

Im Gegensatz dazu stehen gesellschaftliche Initiativen wie diejenige von „Schule muss anders“ mit ihrem Appell „Bildungswende JETZT“, dem sich mehr als 180 Organisationen, Gewerkschaften und Selbstvertretungen angeschlossen haben. Gefordert werden:

- ein Sondervermögen für Bildung in Höhe von 100 Mrd. Euro und mindestens 10% des BIP jährlich für Bildung und Forschung
- ein echter Bildungsgipfel auf Augenhöhe
- Schule zukunftsfähig und inklusiv machen
- eine Ausbildungs Offensive für Lehrer*innen und pädagogisches Personal

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, findet am 23. September ein bundesweiter Bildungsprotesttag statt. Wo und wann jeweils demonstriert wird, kann der Website der Initiative entnommen werden: <https://www.schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023/>.

Die Teilnehmer*innen des Hauptausschusses der GGG fordern dazu auf, an den Veranstaltungen des Bildungsprotesttages in Berlin oder den Bundesländern teilzunehmen. Die Empörung über das unverantwortliche Verhalten der Regierenden darf von diesen nicht mehr ignoriert werden.

Bad Sassendorf, den 17.09.2023